

10. Januar 2023

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Förmliche Beschwerde über Victor Madrigal-Borloz, Unabhängiger Experte für Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität

Wir gratulieren Ihnen zu Ihrer Ernennung zum Präsidenten des Menschenrechtsrates und wünschen Ihnen alles Gute in dieser wichtigen Funktion.

Leider sehen wir uns gezwungen, Ihnen mit einer ernsthaften Beschwerde zu schreiben. Wir sind der Ansicht, dass Victor Madrigal-Borloz seit mehreren Jahren gegen seine Pflichten als unabhängiger Experte für Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität verstößt. Wir, sowie andere Gruppen und Einzelpersonen, haben versucht, mit ihm in Kontakt zu treten, in der Hoffnung, dass sich sein Titel „unabhängiger Experte“ in seinem Handeln widerspiegelt. Dies hat sich als nicht zutreffend erwiesen.

Unsere Bestürzung über sein Verhalten hat sich über mehrere Jahre aufgebaut und nach seinen jüngsten uninformierten Interventionen in den parlamentarischen Prozess in Holyrood, Schottland, sehen wir keine andere Möglichkeit, als um Ihre Unterstützung bei der Wiederherstellung des Vertrauens in diese Schlüsselposition bei der UNO zu bitten, wo ein wirklich unabhängiger Experte dringend benötigt wird.

In diesem Schreiben werden wir:

- uns **das Mandat** anschauen, das Herr Madrigal-Borloz bei seinem Amtsantritt erfüllen sollte
- seine Rolle bei der Entstehung und seine Förderung des aktivistischen Manifestes, welches als **Yogyakarta Prinzipien (YP)** bekannt ist, sowie der **noch extremeren YP+10**, überprüfen
- sein Versagen darin, einen **intersektionellen** Ansatzes in seinem Mandat anzuwenden, aufzeigen
- seine **Amtshandlungen** betrachten und zeigen, dass er Schlüsselemente seines Mandates zugunsten der Förderung seiner eigenen Ansichten ignoriert hat; wir sehen uns seine **Intervention im schottischen parlamentarischen Prozess** als jüngstes Beispiel für dieses Fehlverhalten an
- zeigen, dass er völlig legitime und weithin geteilte, abweichende Meinungen **falsch dargestellt und unterdrückt** hat und wiederholt trotz zahlreicher gegenteiliger Beweise, die ihm vorgelegt wurden, Fakten geleugnet hat
- den **Verhaltenskodex** für MandatsträgerInnen für Sonderverfahren des Menschenrechtsrates prüfen, um festzustellen, ob Herr Madrigal-Borloz sich daran hält

DAS MANDAT

Lassen Sie uns mit dem ursprünglichen Mandat beginnen:

In der am 30. Juni 2016 verabschiedeten Resolution A/HRC/RES/32/2, „Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität“ hat der Menschenrechtsrat:

Beschlossen, für einen Zeitraum von drei Jahren einen unabhängigen Experten für

den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität einzusetzen, mit folgendem Mandat:

- (a) Bewertung der Umsetzung der bestehenden internationalen Menschenrechtsinstrumente im Hinblick auf die Überwindung von Gewalt und Diskriminierung gegen Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, wobei sowohl bewährte Verfahren als auch Lücken zu ermitteln sind;*
- (b) Sensibilisierung für Gewalt und Diskriminierung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität und Ermittlung und Angabe der Ursachen von Gewalt und Diskriminierung;*
- (c) Führung eines Dialoges und Beratung mit den Staaten und anderen einschlägigen Akteuren, einschließlich der Organisationen, Programme und Fonds der Vereinten Nationen, regionaler Menschenrechtsmechanismen, nationaler Menschenrechtsinstitutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft und akademischen Einrichtungen;*
- (d) Zusammenarbeit mit den Staaten, um die Durchführung von Maßnahmen zu fördern, die zum Schutz aller Menschen vor Gewalt und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität beitragen;*
- (e) Adressierung der vielfältigen, sich überschneidenden und verschärften Formen von Gewalt und Diskriminierung, die Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Geschlechtsidentität erfahren;*
- (f) Durchführung, Erleichterung der Arbeit von und Unterstützung der Bereitstellung von Beratungsdiensten, technischer Hilfe, Kapazitätsaufbau und internationale Zusammenarbeit zur Unterstützung der nationalen Bemühungen zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität;*

Das Mandat konzentriert sich ausschließlich auf die Beseitigung von Gewalt und Diskriminierung – hier gibt es keine Kontroversen, wir alle verabscheuen und verurteilen Gewalt und Diskriminierung. Während viele der Meinung sind, dass die „Geschlechtsidentität“ nichts anderes ist als eine Minderheitenanschauung, haben diejenigen, die an sie glauben, das Recht, dies zu tun.

Der erste Mandatsträger konzentrierte sich weiterhin auf die oben beschriebene Aufgabe. In seinem Jahresbericht vom 19. Juli 2017 (A/72/172) betonte Vitit Muntarbhorn, dass „zwei der verschiedenen Grundpfeiler des ersten Berichtes A/HRC/35/36 herausgegriffen werden, um zur Verhinderung und Überwindung von Gewalt und Diskriminierung beizutragen“.

Diese beiden Themen waren:

1. **Entkriminalisierung** von einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Beziehungen sowie von Genderidentität und -ausdruck
2. Wirksame **Antidiskriminierungsmaßnahmen**

Es ist klar, dass sich das Mandat auf diese beiden Themen konzentrieren sollte. Es gibt viel in diesen entscheidenden Bereichen zu tun. **Gleichgeschlechtliche Beziehungen sind in 69 Ländern immer noch illegal.** Lesben sind Zielscheibe von Mord und „korrigerender Vergewaltigung“, und auch schwule Männer werden von gewalttätigen Homofeinden gefoltert und ermordet, in einigen Fällen vom Staat selbst. Sicherlich sollte es eine Priorität für Herrn Madrigal-Borloz sein, sich auf diese Fragen von Leben und Tod zu konzentrieren und sein Mandat zu nutzen, um mit Ländern zusammenzuarbeiten, in denen die schlimmsten Straftaten begangen werden, und sie zu drängen, wie sein Vorgänger sagte, „wirksame

Antidiskriminierungsmaßnahmen“ zu ergreifen.

Herr Madrigal-Borloz hat seit seinem Amtsantritt fünf thematische Berichte für die Generalversammlung verfasst:

2018 Rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität und Entpathologisierung

2019 Soziale Eingliederung

2020 Covid-19

2021 Geschlecht (Teil II): Praktiken der Ausgrenzung

2022 Frieden und Sicherheit

Vielleicht irren wir uns, aber wir können in diesen Berichten keinen Hinweis auf Kampagnen in den Ländern finden, in denen Schwule und Lesben wegen ihrer sexuellen Orientierung hingerichtet werden können. Warum berichtet der unabhängige Experte nicht über all die Länder der Welt, in denen es immer noch illegal ist, schwul zu sein?

Wo sind seine Untersuchungen und Berichte über Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung?

Wir sehen in den fünf Jahren seit seiner Ernennung keine ernsthaften Bemühungen von Herrn Madrigal-Borloz, eines dieser Themen anzugehen.

Stattdessen konzentriert er sich fast ausschließlich auf die Förderung seiner speziellen Weltanschauung: Er schreibt und spricht ausführlich über die Geschlechtsidentität, während er fast vollständig ignoriert, was mit Schwulen, Lesben und Bisexuellen geschieht.

Sind diese Prioritäten in den letzten fünf Jahren weniger dringend geworden? Ganz und gar nicht. Sie sind heute genauso dringend wie zum Zeitpunkt der Erteilung des Mandates im Jahr 2016.

YOGYAKARTA-PRINZIPIEN (YP) und YOGYAKARTA-PRINZIPIEN + 10 (YP+10)

Wie Sie vielleicht wissen, besteht das aktivistische Manifest, das als die Yogyakarta-Prinzipien bekannt geworden ist, aus zwei Teilen. Der erste Teil wurde 2006 unterzeichnet, der zweite, gemeinhin als YP+10 bezeichnet, im Jahr 2017. Es ist wichtig, zu verstehen, dass:

1. Herr Madrigal-Borloz ein Unterzeichner der YP+10 war.
2. die YP ein Manifest sind, das von Aktivisten verfasst wurde, die die Rechte von Menschen mit „verschiedenen sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten“ über alle anderen fördern wollen.
3. die YP+10 berüchtigt sind für Grundsatz 31, der allen Staaten rät, „**die Registrierung des Geschlechtes und Genders in Identitätsdokumenten wie Geburtsurkunden, Ausweisen, Reisepässen und Führerscheinen, und als Teil der Rechtspersönlichkeit zu beenden;**“
4. die Grundsätze keinerlei Rechtsstatus haben. Diejenigen, die sie als „beste Praxis“ bezeichnen, bringen lediglich ihre begeisterte Unterstützung für sie zum Ausdruck.

Kurz gesagt, die Yogyakarta-Prinzipien sind ein Handbuch für AktivistInnen, die die Ideen der Aufklärung (Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft) umstoßen und durch ihre eigene Weltanschauung ersetzen wollen, welche auf Gefühlen und nicht auf Fakten beruht. Sie spiegeln eine Ideologie wider, die wir für regressiv, homophob und frauenfeindlich halten.

Einer der Unterzeichner des ursprünglichen Dokumentes (2006), Professor Robert Wintemute,

schrieb in seiner Einreichung an die schottische Regierung während des Fortschreitens der Gender Recognition Reform (Scotland) Bill (Gesetzentwurf zur Reform der Genderanerkennung (Schottland)):

„Die Yogyakarta-Prinzipien stellen keine ‚internationale beste Praxis‘ dar. Es gibt keine rechtliche Verpflichtung, irgendeinen Teil der Prinzipien zu befolgen, der über die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte hinausgeht, insbesondere Grundsatz 31 über die Abschaffung des Hinweises auf das Geschlecht eines neugeborenen Kindes in der Geburtsurkunde.“¹

Ein Artikel in der Zeitschrift *The Critic* vom April 2021 gibt Aufschluss darüber, warum die Prinzipien so unausgewogen sind:

„Die Prinzipien wurden von einer Gruppe von Anwälten, Menschenrechtsexperten und Trans-Rechts-Aktivist*innen, darunter Robert Wintemute, Professor für Menschenrechtsgesetze am King’s College London, entworfen. Inzwischen hat Wintemute es sich anders überlegt. Er sagt, dass die Rechte von Frauen während des Treffens nicht berücksichtigt worden seien und dass er einige Aspekte der Prinzipien hätte in Frage stellen sollen. Er gibt zu, dass er ‚nicht bedacht‘ hat, dass trans Frauen, die noch im Besitz ihrer männlichen Genitalien sind, Zugang zu reinen Frauenräumen suchen würden, sagt Wintemute, der schwul ist: ‚Ein Schlüsselfaktor für meine Meinungsänderung war, dass ich Frauen zugehört habe.“²

Professor Wintemute wurde nicht vor den Ausschuss für Gleichstellung, Menschenrechte und Zivilrecht, der sich mit der Gesetzgebung befasste, eingeladen – während Herr Madrigal-Borloz zweimal erschien.

Herr Madrigal-Borloz rät Staaten und der Zivilgesellschaft weiterhin, dass die Yogyakarta-Prinzipien die „international beste Praxis“ darstellen. Erst kürzlich, am 13. Dezember 2022, schrieb er über die Gender Recognition Reform (Scotland) Bill:

„Die Yogyakarta-Prinzipien werden weltweit zu Recht als eine **wichtige Errungenschaft des Aktivismus auf dem Gebiet der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität in Ehren gehalten**. Wie die Bezugnahme von globalen und regionalen Gremien auf sie beweist, haben sie einen einzigartigen Wert als **doktrinale Quelle**, die der Förderung der Menschenrechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, nicht-binären und andersgeschlechtlichen Menschen einen großen Dienst erwiesen hat.“³

Wir bitten Sie, zu überlegen, ob die Rolle eines Unabhängigen Experten von der Arbeit von „Aktivist*innen“ abhängig sein sollte, die bestimmten „Doktrinen“ anhängen, oder ob es seine Aufgabe ist, sein Mandat zu erfüllen, wie es in der Resolution A/HRC/RES/32/2 klar ausgeführt wird und wie es im Einklang mit demokratisch verabschiedeten Menschenrechtsgesetzen steht.

INTERSEKTIONALITÄT

Ein weiterer Bereich, der in der Art und Weise, wie Herr Madrigal-Borloz seine Rolle ausübt, Anlass zur Sorge gibt, ist seine Unfähigkeit (oder Abneigung), einen intersektionellen Ansatz zu verfolgen. Sein Arbeitsplan für 2021-2023 unterstreicht die Bedeutung von Intersektionalität⁴, doch hat er in seiner bisherigen Arbeit kein Interesse daran gezeigt. Innerhalb seines Mandates sollte dies

sicherlich bedeuten, dass er beispielsweise Lesben – die sowohl als Frauen als auch als Homosexuelle diskriminiert werden – und farbigen LGB-Personen besondere Aufmerksamkeit widmet. Stattdessen konzentriert er sich auf Geschlechtsidentität und behauptet: „Trans Frauen gehören zu den verleumdetsten, entrechtetsten, stigmatisiertesten Menschen auf diesem Planeten“. Die ungewöhnliche Verletzlichkeit von Transfrauen wird durch keine Statistik belegt und ist in jedem Fall stark kontextabhängig – außerhalb Südamerikas und der Vereinigten Staaten ist das kaum zutreffend. In Europa scheint diese Behauptung besonders unbegründet zu sein. Dutzende hochgradig gefährdete Gruppen kommen einem in den Sinn, von LGB-Jugendlichen in Betreuung bis hin zu Frauen und Mädchen, die für Sex gehandelt werden, sowie weibliche Geflüchtete, die auf ihrer gefährlichen Reise auf der Flucht vor Krieg und Armut Gewalt und Vergewaltigung ausgesetzt sind. **Wir verabscheuen und verurteilen Gewalt gegen jede Gruppe aufgrund ihrer Identität**, aber wir fordern ein gewisses Gleichgewicht. Wir wünschen uns mehr Aufmerksamkeit für den Schutz der Rechte von Lesben und Schwulen, die vom unabhängigen Experten für SOGI und anderen Verfechtern der Geschlechtsidentität weitgehend vergessen worden zu sein scheinen. Vor allem Lesben sind verletztlich – in erster Linie als Frauen und zweitens als Homosexuelle. Für farbige Lesben ist die Unterdrückung noch schlimmer. In einem wirklich intersektionellen Ansatz würde Herr Madrigal-Borloz sicherlich auch für lesbische und bisexuelle Frauen wie Allison Bailey⁵ und Keira Bell⁶ eintreten, die große persönliche Opfer gebracht haben, um für ihre Rechte zu kämpfen.

AMTSHANDLUNGEN

Persönliche Überzeugungen

Als Privatperson hat Herr Madrigal-Borloz ein Recht auf seine Überzeugung, dass jeder Mensch eine „Geschlechtsidentität“ hat. Er hat jedoch nicht das Recht, seine Position zu nutzen, um diese Überzeugung und die Rechte eines Teiles seiner Wählerschaft auf Kosten der anderen zu fördern. In all seinen Berichten kommt die gleiche Ansicht zum Ausdruck: dass die Rechte von trans und „gender-diversen“ Menschen Vorrang vor denen aller anderen haben, einschließlich Frauen und Mädchen, Lesben, Schwulen und Bisexuellen; dass Männer, die sich als Frauen bezeichnen, zu Frauen *werden* und umgekehrt, und dass jede Abweichung von diesen Minderheitenanschauungen auf rechter Bigotterie und Hass beruht.

Nur ein Jahr nach dem Bericht von Herrn Muntarbhorn, der die Bedeutung der Entkriminalisierung und ein Ende der Diskriminierung hervorhob, stellte Herr Madrigal-Borloz das „Gender-Self-ID-Kit“ vor, um die Staaten bei der höchst umstrittenen Praxis der geschlechtlichen Selbstidentifizierung zu unterstützen. Es ist unklar, wo die geschlechtliche Selbstidentifizierung formell als „Menschenrecht“ definiert ist oder wie die rigide Verfolgung der Selbstidentifizierung mit dem breiten Mandat des unabhängigen Experten, das sowohl die sexuelle Orientierung als auch die Geschlechtsidentität umfasst, vereinbar ist. Herr Madrigal-Borloz scheint jeden Versuch aufgegeben zu haben, sich an den ihm vorgelegten Fahrplan zu halten – stattdessen scheint er seine eigene dogmatische Agenda voranzutreiben, siehe Bericht A/73/152:

„Im Februar 2017 hat der UN-Hochkommissar für Menschenrechte auf der Grundlage der rechtlichen Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung, der Empfehlungen von Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen und einer Übersicht über international bewährten Praktiken bestimmte Merkmale für den Prozess der Anerkennung empfohlen, *denen der Mandatsträger zustimmt* [Kursivschrift von uns]. Nach diesen

Parametern sollte der Prozess der Anerkennung:

- auf dem Selbstbestimmungsrecht des Antragstellers beruhen
- ein einfaches Verwaltungsverfahren sein
- von den Antragstellenden nicht verlangen, dass sie missbräuchliche Anforderungen erfüllen, wie z. B. eine ärztliche Bescheinigung, eine chirurgische Behandlung, Sterilisation oder Scheidung
- nicht-binäre Identitäten anerkennen, z. B. Geschlechtsidentitäten, die weder „Mann“ noch „Frau“ sind
- sicherstellen, dass Minderjährige Zugang zur Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität haben“

(Absatz 39)

SCHOTTLAND-INTERVENTION

Herr Madrigal-Borloz wurde zweimal eingeladen, bei den Anhörungen des Ausschusses zur Gender Recognition Reform (Geschlechtsanerkennungsreform; GRR) im schottischen Parlament vorzusprechen, was den Wunsch der Regierungskoalition widerspiegelt, ihre Ansichten von einem engagierten Befürworter der geschlechtlichen Selbstidentifizierung bestätigen zu lassen.

Während seiner Anhörung weigerte er sich, die negativen Folgen des vorgeschlagenen Gesetzentwurfes für Lesben, Schwule und Bisexuelle anzuerkennen. Er bestritt auch, dass die Selbstidentifizierung negative Auswirkungen auf die Sicherheit von Frauen und Mädchen hat. Dies war nicht nur deshalb außergewöhnlich, weil es völlig außerhalb seines Mandates lag, sondern auch wegen der gegenteiligen Beweise, die von der britischen NHRI – der Gleichberechtigungs- und Menschenrechtskommission – sowie von Reem Alsalem, der Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen und Mädchen, vorgebracht wurden.

Herr Madrigal-Borloz intervenierte, um den Gesetzentwurf zu unterstützen, der die geschlechtliche Selbstidentifizierung unter allen Umständen für alle Personen ab 16 Jahren erlauben würde. Warum hat er für diesen Gesetzentwurf interveniert? Sein Mandat besteht darin, diejenigen zu schützen, die von Gewalt und Diskriminierung bedroht sind oder deren Rechte abgeschafft werden könnten. Wie wir wiederholt betont haben, verlieren Lesben, Schwule und Bisexuelle mit diesem Gesetz ihre Rechte, da wir alle Rechte auf den Schutz von gleichgeschlechtlichen Dienstleistungen und Räumen verlieren. Außerdem wird „Geschlecht“ – im neuen Gesetzentwurf mit „Gender“ (Geschlechterrolle) gleichgesetzt – zu nichts weiter als einer Lebensstilentscheidung, mit keinerlei Kontrollen jeglicher Art. Angesichts des „Sexuelle Orientierung“-Teils seines Mandates hätte er daher den Gesetzentwurf ablehnen sollen.

Die Rechte von trans Menschen sind durch den UK Equality Act (Gleichstellungsgesetz des Vereinten Königreiches) von 2010 und den Gender Recognition Act (Gesetz zur Genderanerkennung) von 2004 geschützt. Viele trans Personen waren entsetzt darüber, dass der Weg zur Transition so behandelt werden sollte, als wäre er nicht ernster als die Wahl einer neuen Haarfarbe. Das Vereinigte Königreich ist ein tolerantes Land, in dem trans und gendernonkonforme Menschen wie alle anderen behandelt werden. Trans Menschen sind eine der sichersten Bevölkerungsgruppen im Vereinigten Königreich,⁷ einem Land, in dem jede Woche zwei bis drei Frauen ermordet werden. Es ist beleidigend, wenn Herr Madrigal-Borloz sagt, dass die Kritiker des Gesetzentwurfes trans Menschen „stigmatisieren“. Das ist eine entsetzliche und absichtliche Falschdarstellung ernsthafter Bedenken, die viele MenschenrechtsaktivistInnen über diese schäbige Gesetzgebung haben.

Es war schockierend, zu hören, wie Herr Madrigal-Borloz das Gesetz und die „Ansicht der Vereinten Nationen“ falsch darstellte. Am 16. Dezember 2022 argumentierte er auf verschiedenste Weise, dass die „rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität“ durch Selbstidentifizierung ein „internationales Menschenrechtsgebot“ sei. Dies trifft nicht auf internationale Menschenrechtsvorschriften, das Recht des Vereinigten Königreiches oder die Auffassung der Vereinten Nationen zu. Die Organisation Sex Matters veröffentlichte eine ausführliche Kritik, in der sie jedes einzelne der „rechtlichen“ Argumente von Herrn Madrigal-Borloz demontierte und aufzeigte, dass seinen Worten keinerlei rechtliche Substanz innewohnt.⁸ Die Menschenrechtswissenschaftlerin Dr. Alessandra Asteriti hat ebenfalls gezeigt, dass seine Behauptungen zum Recht falsch sind.⁹

FALSCHDARSTELLUNGEN UND AUSLASSUNGEN

Wir möchten zwei Punkte hervorheben, die von Herrn Madrigal-Borloz regelmäßig falsch dargestellt werden.

- Erstens ist es nicht so, dass es eine „LGBTQ+-Gemeinschaft“ gibt, die einen gemeinsamen Standpunkt teilt – zum Beispiel den Glauben an eine Geschlechtsidentität. Diese künstliche und erzwungene Gruppierung besteht aus zahlreichen Gruppen mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Bedürfnissen. Die meisten Lesben, Schwulen und Bisexuellen definieren unsere sexuelle Orientierung auf Grundlage des Geschlechtes – nicht des selbst definierten „Genders“. Das ist auch der Grund, warum wir Diskriminierung erfahren. Damit soll nicht geleugnet werden, dass auch trans Menschen diskriminiert werden, aber das ist ein anderes Thema.
- Zweitens ist es nicht so, dass es hier keinen Rechtskonflikt gibt. Viele der Rechte, die von Trans-Rechts-Aktivist*innen (von denen viele selbst nicht trans sind) gefordert werden, kollidieren mit den Rechten von Frauen und LGB-Personen. Wir hören häufig, dass „Rechte kein Kuchen sind“. Manchmal sind sie es aber doch. Herr Madrigal-Borloz bestreitet, dass es einen Rechtskonflikt oder zumindest eine -spannung gibt, die gelöst werden muss – und kann. Aber solange diese Probleme nicht gebührend anerkannt werden, kann nichts getan werden, um sie anzugehen.

„LGBTQ+“ ist eine wenig hilfreiche Buchstabenkombination, die wesentliche Unterschiede verschleiert. Das Akronym „BAME“ – das früher im Vereinigten Königreich für „Black, Asian, and Minority Ethnic (Schwarze, Asiaten, und Ethnische Minderheiten)“ verwendet wurde – wird aus demselben Grund nicht mehr verwendet. So hat beispielsweise die britische NHRI, die Gleichberechtigungs- und Menschenrechtskommission, aufgehört, es zu benutzen. Wir sind der Meinung, dass es an der Zeit ist, auch „LGBTQ+“ zu streichen und jede Gruppe für sich selbst sprechen zu lassen. Das würde zu mehr Klarheit führen – und letztendlich, so glauben wir, zu mehr Harmonie.

Im Jahr 2021 bat Herr Madrigal-Borloz um Einsendungen zum Thema „Geschlecht, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität“. In seinem Fragebogen wurde um Antworten gebeten, ohne die verwendeten Begriffe zu definieren. Der Fragebogen war ideologisch in seinem Sprachgebrauch: Er bezog sich auf „ein breites Spektrum an sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten“ und „viele Feminismen“. Er enthielt auch unverständliche Formulierungen wie „race is gendered and gender raced“. Solche Ideen sind die Sprache bestimmter Aktivist*innen, die der Ansicht sind, dass das selbst definierte „Gender“ wichtiger sei als das angeborene Geschlecht. (Jedoch wird die Ansicht, dass die selbst definierte Ethnie mehr zähle als die Geburtsethnie, weithin als beleidigend und inakzeptabel angesehen.)

Um es klar zu sagen: Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, zwischen dem biologischen Geschlecht und dem selbst definierten „Gender“ zu unterscheiden. Diejenigen, die das „Gender“ in den Vordergrund stellen, können niemals LGB-Menschen vertreten, deren Existenz und Schutz von der Anerkennung des biologischen Geschlechtes als Kategorie im Gesetz abhängt. Frauen werden innerhalb der UNO durch den CEDAW-Ausschuss vertreten. Aber gegenwärtig gibt es niemanden, der uns LGB-Personen, die wir unsere Rechte einfordern, vertritt. Erstaunlicherweise kommt in dem Bericht von Herrn Madrigal-Borloz über Daten¹⁰ der Begriff „Geschlecht“ nicht vor, was zeigt, dass für ihn das Merkmal „Geschlecht“ überhaupt keine Rolle spielt.

Unsere Ansichten werden von LGB-Gruppen und Einzelpersonen auf der ganzen Welt geteilt. Diejenigen, die 2021 Einsendungen an Herrn Madrigal-Borloz schickten, gehörten der LGB Alliance an (eine LGB-Wohltätigkeitsorganisation mit Sitz im Vereinigten Königreich)¹¹, sowie der LGB Alliance USA, LGB Alliance Kanada, LGB Alliance Australien, LGB Alliance Deutschland und ähnlichen LGB-Gruppen und Einzelpersonen in Ländern wie Island. Alle diese Gruppen und Einzelpersonen setzen sich für die geschlechtsspezifischen Rechte von Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung ein, und alle argumentieren, dass die Politik der geschlechtlichen Selbstidentifizierung die Rechte von Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung verletzt.

Wir möchten anmerken, dass wir (Kate Harris und Bev Jackson) vor dieser Konsultation im Jahr 2021 ein Gespräch mit Herrn Madrigal-Borloz hatten. Bei dieser Gelegenheit sagte er uns, dass ihm keine Beweise dafür bekannt sind, dass die Self-ID Probleme für LGB-Personen oder Frauen verursacht. Wir waren darüber überrascht und schrieben ihm – in der Absicht, ihm zu helfen – und fügten eine Vielzahl von Belegen bei.¹² Ungewöhnlicherweise ignorierte er nicht nur unseren Brief und wies später unsere Einreichung ab, sondern behauptete auch weiterhin wiederholt, dass es keine solchen Beweise gäbe. Herr Madrigal-Borloz veröffentlichte daraufhin einen Bericht, in dem er all diese Einreichungen ausließ und nicht berücksichtigte. Er hat sich dafür entschieden, sie nicht online zu veröffentlichen. Dies zeigt einen Mangel an Objektivität und Integrität, da er zumindest verpflichtet ist, alle Beiträge zu veröffentlichen, die er erhalten hat – einschließlich der Beiträge, denen er nicht zustimmt. Unsere E-Mail vom 21. Januar 2021 an Catherine de Preux De Baets im SOGI-Büro des unabhängigen Experten mit der Bitte um eine Erklärung blieb unbeantwortet.¹³

In seinem Bericht „Das Gesetz der Inklusion und die Praktiken der Ausgrenzung“, das dem 47. Menschenrechtsrat und der 76. UN-Generalversammlung im Jahr 2021 (Punkt 3 der Tagesordnung) präsentiert wurde, schrieb Herr Madrigal-Borloz: „Eine vergleichsweise geringe Anzahl von . . . Beiträgen war hasserfüllt oder enthielt Hassreden und wurden [sic] *ad portas* ausgeschlossen. Sie werden nicht Teil einer vom Mandatsträger gesponserten Veröffentlichung sein.“ (Absatz 5). Wurden deshalb alle Einreichungen der LGB-Alliance außer Acht gelassen? Wurden sie als „hasserfüllt“ eingeordnet? Wir haben keine Erklärung erhalten. Nicht nur hat er uns nicht mitgeteilt, warum unsere Beiträge nicht veröffentlicht wurden, sondern er hat auch nicht erklärt, welche Teile, wenn überhaupt, als hasserfüllt angesehen wurden. Es ist zutiefst beunruhigend, dass der Unabhängige Experte unbegründete Anschuldigungen gegen Organisationen und Einzelpersonen erhebt, ohne auch nur die Gründe für seine Anschuldigungen zu nennen.

Ist das Eintreten für die geschlechtsbasierten Rechte von Lesben, Schwulen und Bisexuellen

„hasserfüllt“? Angesichts der Entscheidung, keine der Einreichungen der LGB-Gruppen zu veröffentlichen, der oben erwähnten merkwürdigen Bezugnahme auf nicht spezifizierte „Hassreden“ und seiner häufigen Behauptungen, dass es keinen Konflikt zwischen den Rechten von Frauen und LGB-Personen und den Rechten, die auf der Grundlage der selbst definierten „Geschlechtsidentität“ beansprucht werden, gäbe, kann man mit Fug und Recht davon ausgehen, dass Herr Madrigal-Borloz jede Gruppe oder Einzelperson, die die geschlechtsbasierten Rechte von Lesben, Schwulen und Bisexuellen einfordert, als „hasserfüllt“ betrachtet. Diese Ansicht verstößt gegen sein Mandat als unabhängiger Experte. Es sei darauf hingewiesen, dass Herr Madrigal-Borloz auch eine Ansicht vertritt, die im Widerspruch zum britischen Recht steht. Er erklärt in dem Bericht: „Der unabhängige Experte ist mit der Verwendung des Begriffes ‚Geschlechtsumwandlung‘ nicht einverstanden und erkennt die ‚rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität‘ an.“¹⁴ Es ist anzumerken, dass „Geschlechtsumwandlung“ der Begriff ist, der im Vereinigten Königreich als relevantes Merkmal vor dem Gleichstellungsgesetz geschützt ist.

Das schockierendste Beispiel für Diskriminierung in der von Herrn Madrigal-Borloz verwendeten Sprache ist vielleicht seine Bezugnahme auf Frauen, als er sich im Dezember 2022 an die schottischen Abgeordneten wandte, als „Nicht-Trans-Frauen“. Für jemanden, von dem man erwartet, dass er sich für die Menschenrechte einsetzt, ist dies unentschuldig. Frauen sind keine „Nicht-Trans-Frauen“, genauso wenig wie Schwarze „Nicht-Weiße“ sind. Aus allem, was Herr Madrigal-Borloz sagt, wird klar, dass er sich auf die Seite der zahlreichen Gruppen und Organisationen weltweit stellt, die der Meinung sind, dass sexuelle Orientierung ausschließlich auf einer selbst-definierten „Geschlechtsidentität“ und nicht auf dem biologischen Geschlecht beruht. Das ist der „GI“-Teil von SOGI, den er nachdrücklich fördert und verteidigt. In seinem jüngsten Bericht „From Wars to Diversity to an Inclusive Peace (Von Kriegen zu Vielfalt zu einem inklusiven Frieden)“¹⁵ stellt er richtig fest, dass „das humanitäre Völkerrecht (HVR), das in Zeiten bewaffneter Konflikte gilt, eine diskriminierende Behandlung aufgrund des Geschlechtes verbietet“. Im weiteren Verlauf des Berichtes erwähnt er jedoch nie das Geschlecht, sondern nur den Begriff „genderbasierte Gewalt“. Bedeuten „Geschlecht“ und „Gender“ also dasselbe? Nein, das tun sie eindeutig nicht. Ersteres ist biologisch und unveränderlich, Letzteres ist subjektiv und nicht nachprüfbar.

VERHALTENSKODEX FÜR MANDATSTRÄGER:INNEN

Wir möchten auf den Verhaltenskodex für MandatsträgerInnen für Sonderverfahren des Menschenrechtsrates verweisen.

In Punkt (f) der Präambel heißt es: „Die Arbeit des Rates wird geleitet von den Grundsätzen der Universalität, Unparteilichkeit, Objektivität und Nichtselektivität, konstruktivem internationalen Dialog und Zusammenarbeit“.

Unserer Ansicht nach handelt Victor Madrigal-Borloz nicht im Einklang mit diesen Grundsätzen.

In Punkt (g) der Präambel lesen wir: „Die Arbeitsmethoden des Rates müssen transparent, fair und unparteiisch sein und einen echten Dialog ermöglichen.“

Wir glauben, dass Victor Madrigal-Borloz sein Bestes tut, um den Dialog mit denjenigen zu unterdrücken, die anderer Meinung sind als er. In einem Video, das im November 2021 auf Twitter veröffentlicht wurde, besteht er darauf, dass diejenigen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, und diejenigen, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert werden, bestimmte Erfahrungen teilen und dass es richtig sei, sie unter demselben Dach zu betrachten. Er ignoriert alle gegenteiligen Beweise. Er behandelt die Einreichungen von LGB-Personen – insbesondere

Lesben –, die ihm sagen, dass dies nicht stimmt und dass die Rechte von Lesben von eben jenen angegriffen werden, die das Glaubenssystem der Geschlechtsidentität durchsetzen wollen, mit Geringschätzung.

In seinem Bericht für die UN-Generalversammlung 2018 argumentierte er:

„Die Staaten müssen dringend Gesetze erlassen, die Transphobie als erschwerenden Faktor bei Hassverbrechen etablieren & das Verbot von Hassrede aus denselben Gründen. Sie müssen auch die Täter strafrechtlich verfolgen und den von staatlichen Behörden verbreiteten Anti-Trans-Diskurs entschieden eindämmen.“

In Anbetracht der Tatsache, dass die Bemerkung, Lesben hätten keinen Penis – und der Hinweis darauf, dass die sexuelle Orientierung auf Geschlecht (sex) und nicht auf Gender basiert – häufig als „Hassrede“ verunglimpft wird, ist dies ein direkter Angriff auf Menschen, die eigentlich zu seiner eigenen angeblichen Wählerschaft gehören, aber nicht mit seinen persönlichen Ansichten übereinstimmen.

Er weist die Bedenken von Lesben zurück, denen nun geraten wird, zu akzeptieren, dass Männer mit Penis, die sich als Lesben bezeichnen, tatsächlich Lesben sind – oder denen gesagt wird, sie seien mit RassistInnen oder AntisemitInnen gleichzusetzen (wie Nancy Kelley, CEO von Stonewall, ausdrücklich vorschlug).¹⁶ In einem einzigen Absatz seines Berichts A76/152 weist der Mann, der sich für die Rechte von Lesben einsetzen sollte, diese Bedenken einfach ab. Er schreibt:

„Ein weiteres Argument ist, dass die „Gender-Ideologie“ lesbische Frauen dazu zwingt, Beziehungen mit trans Frauen einzugehen, da sie sonst als ‚transphob‘ abgestempelt würden. Im Bereich der sexuellen Beziehungen und der sexuellen Gewalt erkennt der Mandatsträger die zentrale Bedeutung des Konzeptes des Consent (Einverständnisses) an, das in den internationalen Menschenrechtsnormen ausführlich behandelt wird und demzufolge die Zustimmung freiwillig und als Ergebnis des freien Willens der Person unter Berücksichtigung des Kontextes der Begleitumstände gegeben werden muss. Der Mandatsträger sieht keinen Grund, warum dieser Rahmen für die zitierten Beziehungen nicht angemessen wäre.“ (Absatz 62)

Dies zeigt nicht nur eine völlige Verachtung gegenüber der Sicherheit beeinflussbarer und verletzlicher junger Mädchen, sondern zeugt auch von Ignoranz gegenüber den sexuellen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen. Offen gesagt, die Position, die er einnimmt, ist die eines Mannes, der keine Ahnung von oder kein Interesse an Frauen hat. Wir schlagen vor, dass Sie Herrn Madrigal-Borloz bitten, die Welt einmal aus der Sicht einer Frau zu betrachten – immerhin sind etwa 50% seiner Wählerschaft Frauen –, wenn er in seiner Rolle in irgendeiner Form glaubwürdig sein will.

In Absatz 6 (a) des Verhaltenskodex heißt es, dass der Mandatsträger „stets versuchen sollte, auf der Grundlage objektiver, verlässlicher Informationen aus relevanten, glaubwürdigen Quellen, die er so gut wie möglich gegengeprüft hat, die Fakten zu ermitteln“.

Unsere Einreichungen zum Bericht von Herrn Madrigal-Borloz haben zahlreiche Wege aufgezeigt, auf die die Selbstidentifizierung die Rechte von LGB-Personen untergräbt, und legten Beweise vor. Die Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Al-Jerusalem, die sich auf Anfrage an den parlamentarischen Ausschuss in Jerusalem wandte, nannte ebenfalls zahlreiche

Wege, wie die Selbstidentifizierung, wenn sie auf völlig unregulierte Weise und ohne Schutzmaßnahmen eingeführt wird, die Rechte von Frauen und Mädchen untergräbt. Aus welchem Grund auch immer behauptet Herr Madrigal-Borloz immer wieder, dass zahlreiche Länder die Selbstidentifizierung eingeführt haben, ohne dass es dabei zu Problemen gekommen wäre – trotz der zahlreichen Belege, die ihm vorgelegt wurden und welche das Gegenteil beweisen. Tatsache ist, dass diese Behauptung nachweislich lachhaft falsch ist. Victor Madrigal-Borloz schert sich nicht um Fakten und Beweise und verstößt daher gegen sein Mandat.

Artikel 12 (a) besagt:

„MandatsträgerInnen müssen:

Sicherstellen, dass ihre persönliche politische Meinung die Erfüllung ihres Auftrages nicht beeinträchtigt und ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen auf eine objektive Bewertung der Menschenrechtsslage stützen;“

Herr Madrigal-Borloz verstößt in eklatanter Weise gegen die Bedingungen des Verhaltenskodex. Er nennt und wiederholt seine eigene Meinung und zeigt damit seine Verachtung für alle, die die Rechte von Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung verteidigen und fördern. Er schließt unsere Einreichungen aus seinen Berichten aus und vertritt nur seine eigenen Ansichten.

Wie wir in unserer Einreichung im Jahr 2021 schrieben,

„Es gibt weltweit viele Länder, in denen Männer, die Sex mit Männern haben, und Frauen, die Sex mit Frauen haben, strafrechtlich verfolgt und in einigen Fällen zum Tode verurteilt werden. Sie können diesen Konsequenzen nicht entgehen, indem sie sich als das andere Geschlecht ‚identifizieren‘ – außer in Ländern wie dem Iran, wo die Strafverfolgung durch eine Geschlechtsumwandlung vermieden werden kann. Niemand würde behaupten, dass die iranische Haltung fortschrittlich ist. Die vielen Demütigungen und Fälle von Diskriminierung und Gewalt, die Lesben, Frauen und Mädchen erleiden, von Genitalverstümmelung über Kinderheirat, Vergewaltigung bis hin zur Verweigerung des Adoptionsrechtes, haben nichts mit der Identität zu tun. Sie ergeben sich allein aus der weiblichen Biologie.“

Die Behauptung, die Biologie spiele keine Rolle mehr, ist eine Beleidigung für Frauen und LGB-Personen und unwürdig für einen Beamten, der sich für die Rechte von LGB einsetzen soll. Wir brauchen dringend eine/n hochrangige/n Beamten/Beamtin bei der UNO, der/die sich für uns einsetzt.

Victor Madrigal-Borloz verhält sich in keiner Weise wie ein „unabhängiger Experte“. Im Gegenteil, er hat sich als ideologisch getriebenes Individuum erwiesen, das seine Rolle bei der UNO nutzt, um seine eigenen extremen Ansichten zu fördern und dabei diejenigen zu ignorieren, die anderer Meinung sind als er. Kurz gesagt, er räumt den Rechten einiger seiner Wähler Priorität ein, während er die Rechte anderer untergräbt.

Wir fordern den UN-Menschenrechtsrat dringend auf, Herrn Madrigal-Borloz anzuweisen, Menschen mit gleichgeschlechtlicher (nicht mit Gleich-Gender-) sexueller Orientierung zu vertreten, wenn er weiterhin den Titel des unabhängigen Experten für sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität tragen soll. Falls nicht, empfehlen wir, seinen Titel zu ändern und eine/n neue/n Sonderberichterstatter/in zu ernennen, der/die Schwule, Lesben und Bisexuelle vertritt.

Wie Allison Bailey sagte: „Unsere Rechte [als LGB-Personen] sind nicht von der Akzeptanz der Geschlechtsidentitätstheorie abhängig.“ In der Tat sind sie das nicht – das ist eine Frage des Rechtes, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Es mag sein, dass Sie mit den Ansichten von Victor Madrigal-Borloz sympathisieren oder sie als fortschrittlich erachten. Wenn dem so ist, möchten wir Folgendes hinzufügen: Menschen, die zu Personen des gleichen Geschlechts hingezogen sind, sind weltweit Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt – unabhängig von ihren Überzeugungen. Das ist sicherlich einer der Hauptgründe für die Schaffung des SOGI-Mandates. Wir vertreten schwule, lesbische und bisexuelle Menschen, von denen man annehmen könnte, dass sie den Schutz des SOGI-Mandates verdienen. Aus allem, was Victor Madrigal-Borloz sagt und tut, wird jedoch deutlich, dass er uns nur dann für seiner Aufmerksamkeit würdig hält, wenn wir die Mantras aufsagen: ‚Transfrauen sind Frauen, Transmänner sind Männer, nicht-binäre Identitäten sind valide.‘ Dies ist ein Glaubenssystem. Es ist völlig unabhängig von der sexuellen Orientierung. Wir teilen dieses Glaubenssystem nicht. Unsere sexuelle Orientierung hat nichts damit zu tun, wie sich jemand identifiziert. Bitte lassen Sie uns wissen, ob die Vereinten Nationen inzwischen der Ansicht sind, dass lesbische, schwule und bisexuelle Menschen, die sich nicht zu diesem Glaubenssystem bekennen, keinen Schutzanspruch vor den Vereinten Nationen mehr haben. Es wäre gut, zu wissen, ob wir immer noch zur globalen Familie der Vereinten Nationen gehören oder nicht.

Hochachtungsvoll,

Kate Harris und Bev Jackson, Gründerinnen der LGB Alliance

1 https://yourviews.parliament.scot/ehrcj/1e24dbb1/consultation/view_respondent?show_all_questions=0&sort=submitted&order=ascending&q_text=wintemute&uuld=292624602

2 <https://thecritic.co.uk/issues/april-2021/the-trans-rights-that-trump-all/>

3 <https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gld=27757>

4 https://www.ohchr.org/sites/default/files/Report_Work_Plan_2021_2023.pdf, paras 8-12.

5 Allison Bailey ist eine schwarze lesbische Anwältin, die als erste über die Gründung der LGB Alliance twitterte und damit unsere Gruppe auf die internationale Bühne brachte. Infolgedessen wurde sie von ihrer Kammer Diskriminierung und Viktimisierung ausgesetzt, einschließlich der Aufrechterhaltung einer von Stonewall eingereichten Beschwerde. Frau Bailey hat daraufhin ein Verfahren gegen ihre Kanzlei und Stonewall begonnen. Das mit dem Fall befasste Arbeitsgericht entschied gegen ihre Kanzlei und sprach ihr in einem Urteil vom 27. Juli 2022 eine Entschädigung zu, die auch einen erhöhten Schadensersatz umfasst.

6 Bei Keira Bell wurde als Jugendliche eine Geschlechtsdysphorie diagnostiziert, und sie war fest entschlossen, sich „umwandeln“ zu lassen. Im Alter von 16 Jahren wurden ihr Pubertätsblocker verabreicht, mit 17 Jahren Testosteron, und sie hatte eine doppelte Mastektomie im Alter von 20 Jahren. Schon bald empfand sie Reue und erkannte, dass ihr Leid mit psychischen Problemen und Verwirrung über ihre sexuelle Orientierung zusammenhing, und fünf Jahre, nachdem sie diesen Weg eingeschlagen hatte, wurde sie „abtrünnig“. Sie leitete ein Verfahren gegen den Tavistock and Portman NHS Foundation Trust ein und behauptete, dieser habe seine Fürsorgepflicht für sie und andere junge PatientInnen verletzt. Obwohl das Urteil zu ihren Gunsten in der Berufung teilweise aufgehoben wurde, war der Fall entscheidend, um die Öffentlichkeit auf die Nonchalance aufmerksam zu machen, mit der vor allem Mädchen im Jugendalter medizinisch behandelt werden, anstatt eine angemessene psychische Betreuung zu erhalten.

7 https://fairplayforwomen.com/trans-murder?rates/?fbclid=IwAR0pC_JD0ia4S_xONvsM7LNw5AjdVZzWSRV8pqaRWIZCRafV2-Zt0l8M_GI. Was die weltweiten Statistiken angeht: Vergleichen Sie die 375 trans Personen, die im Jahr 2021 weltweit ermordet wurden, vor allem in Mittel- und Südamerika, mit den 81.000 Frauen, die in diesem Jahr ermordet

wurden. <https://www.unwomen.org/sites/default/files/2022-11/Gender?related-killings-of-women-and-girls-improving-data-to-improve-responses-to-femicide-feminicide-en.pdf>

8 <https://sex-matters.org/posts/updates/act-of-compliance/>

9 <https://www.scottishlegal.com/articles/alessandra-asteriti-un-experts-advice-on-gender-bill-ignores-womens-concerns>

10 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-01/Report_on_data_summary.pdf

11 Sehen Sie sich die Einsendung der LGB Alliance an:

https://drive.google.com/file/d/1XiLQx45cpbYXshb_GVAK8_Pq33lqbB02/view?usp=sharing

12 https://drive.google.com/file/d/19DjYdWow91OkpdNkUO-Y80_HjXV3Jxz/view?usp=share_link

13 E-Mail vom 21. Januar 2022, „Liebe Catherine, vor geraumer Zeit haben wir eine ausführliche Einreichung an den unabhängigen Experten für SOGI geschickt. Das taten auch mehrere andere LGB-Organisationen aus der ganzen Welt. Vor vielen Monaten erfuhren wir, dass die Beiträge zu gegebener Zeit veröffentlicht werden würden, aber wir konnten nicht herausfinden, wo unser Beitrag erscheint. Haben wir an der falschen Stelle gesucht? Könnten Sie uns bitte so schnell wie möglich Bescheid geben? Wenn Sie sich gegen die Veröffentlichung der Beiträge der LGB Alliance und anderer LGB-Gruppen entschieden haben, würden wir das gerne wissen – und den Grund dafür kennen. Wir hoffen aufrichtig, dass es nicht darum geht, eine Meinungspluralität zu unterdrücken. Dies würde die wachsende Überzeugung bestärken, dass die Ansichten von LGB-Personen von einer Organisation, von der wir einst erwartet hätten, dass sie uns unterstützt, beiseite geschoben werden. LGB-Rechte sind wichtig! Mit freundlichen Grüßen, Bev Jackson und Kate Harris, Vorstand der LGB Alliance“

14 Siehe <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G21/123/16/PDF/G2112316.pdf?OpenElement>, Fußnote 17.

15 https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-11/Reader-friendly-summary-of-the-report-Armed?conflict_1.pdf

16 <https://www.dailymail.co.uk/news/article-10225111/Stonewall-brands-lesbians-sexual-racists-raising-concerns-sex-transgender-women.html>